

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 26. Jänner 1937

Nr. 22

Die Rundfunk-Rede des Ministerpräsidenten

Regelung der Minderheitenfrage wünschenswert, ja direkt unvermeidlich Ausländische Einmischung entschieden verboten

Ministerpräsident Dr. Šobka hielt Sonntag knapp nach zwölf Uhr mittags über alle tschechoslowakischen Sender eine politische Rede, die erfreulicherweise nach ein paar Minuten auch in deutscher Sprache wiedergegeben wurde. Der Regierungschef beschäftigte sich mit wirtschafts-, außen- und innenpolitischen Problemen, wobei das, was er über die kommenden Verhandlungen mit den deutschen Regierungsparteien sagte, auf deutscher Seite naturgemäß das größte Interesse fand.

Der Ministerpräsident betonte den Willen der Regierung, die öffentliche Verwaltung in bezug auf die nationalen Angelegenheiten zu „verbessern“, was bitter nötig und in der deutschen Bevölkerung Zustimmung finden wird. Šobka ging noch weiter und meinte, daß überhaupt die ganze Minderheitenpolitik vervollkommen werden müsse. Das ist sicherlich eine Formel, welche die großen sozialen Sorgen der arbeitenden Klassen des Sudetendeutschums mit einschließen kann und diese Auffassung findet eine Bestätigung in den Worten des Ministerpräsidenten, die tschechoslowakische Verfassung solle kein Stück Papier bleiben.

Gerade weil wir das voll anerkennen, möchten wir bemerken, daß die Stelle, wo der Ministerpräsident von den Funktionen und nationalen Ausgleichsverhandlungen des alten Oesterreich, deren Form Šobka verwirft, spricht, doch allzu sehr auf die tschechische Mentalität berechnet ist. Das wurde noch durch die ungenaue Uebersetzung verstärkt. In der deutschen Uebersetzung spricht der Ministerpräsident abweisend („smilovně“) von den „Versöhnungsversuchen“ in der Zeit der Monarchie, wobei der tschechische Ausdruck besser durch „Ausgleichsversuche“ hätte überföhrt werden können. Versöhnungsversuche lehnt der Premierminister sicherlich nicht ab, er wird im Gegenteil mit uns wünschen, daß diese Versuche mit einem besseren Ergebnis enden als in Mitteleuropa.

Am innerpolitischen Teil seiner bedeutsamen Rede führte der Ministerpräsident über die

Minderheitenfragen der Republik etwa folgendes aus:

Ich will niemanden darüber im Zweifel lassen, daß, wenn wir unsere Minderheitenpolitik auch vervollkommen wollen, es nicht deshalb geschieht, weil irgendjemand irgendwo im Ausland unsere Minderheitenpolitik kritisiert hat. Die Minderheitenpolitik ist eine Sache unserer nationalen Souveränität und nicht Sache eines anderen.

Aber nicht nur aus diesem formalen Grunde lehnen wir jeden Versuch um Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten ab, soweit er die internationale Konvention überschreitet. Wir lehnen einen jeden derartigen Versuch auch hauptsächlich aus dem Grunde ab, weil es kein Staat in Europa gibt, der der Tschechoslowakei in ihrer freisinnigen, demokratischen Minderheitenpolitik als Beispiel dienen könnte. In der Schweiz und in Belgien handelt es sich nicht um Minderheiten. Wenn die Tschechoslowakei dem Beispiel so vieler europäischer Staaten folgen würde, auf deren Gebiet sich nationale Minderheiten befinden, dann könnten wir in Genf mit Recht an den Pranger gestellt werden.

Wenn wir heute unsere administrative Praxis auch in den Minderheitenbeziehungen regeln, so tun wir dies begrifflich Weise in Uebereinstimmung mit allen, also auch mit den deutschen Konventionen. Wir werden uns nicht mit und die verfassungsmäßige Verantwortung tragen, der eine jede verfassungsmäßige Regierung und jede Parlamentenmehrheit unterliegt.

Ich bin überzeugt, daß diese Meinung vom Standpunkte der demokratischen Ordnung in der öffentlichen Verwaltung wünschenswert ist und direkt unvermeidlich ist vom Standpunkte des tschechischen Nationalismus.

Natürlich, vom Standpunkte des tschechischen Nationalismus. Denn der Nationalismus kann nicht anders als anerkennen, und anerkennen auch ideologisch folgerichtig den Nationalismus anderer Nationen. Wenn schon jemand in der Welt, so sind es gerade die prinzipiellen Nationalisten, welche sehr genau wissen, daß selbst die kleinsten Abweichungen von der nationalen Freiheitsbestimmung eine Quelle sehr ernstester Staatssorgen zu sein pflegen. Der tschechische und im gesamtstaatlichen Bereich tschechoslowakische Nationalismus hat sicher nicht das geringste Interesse daran, daß unter Staatswesens dauernd beunruhigt werde, indem sich ein Keimherd politischer Krisen bilden würde. Auch der traditionelle tschechische Nationalismus ist somit an der richtigen Lösung der Minderheitenprobleme interessiert.

Bestimmt bedeutet die Regelung der administrativen Minderheitenprobleme keine Analogie dessen, was in der Geschichte der tschechischen Politik als obsole Erinnerung an Funktionen und Ausgleichsversuche*) weiterlebt. Funktionen und Ausgleichsversuche hatten ihre Verurteilung im Sudetendeutschums, weil die Konstitution des ehemaligen Reiches weder den tschechischen geschweige denn den Voraussetzungen einer vernünftigen Staatspolitik entsprach. Deshalb sind auch das Reich unter.

Der tschechoslowakischen Verfassung hat niemand vorgebracht und wird auch niemals jemand vortragen können, daß sie der vollen nationalen Herrlichkeit nicht genügend Raum ließe und daß sie nicht Garantien bieten würde für eine selbständige Ent-

wickelung der verschiedensten ethnischen Gruppen dieses Staates. Daher keine Funktion, keine Ausgleichsversuche.

Unter dem Gesichtspunkte der demokratischen Kontrolle besteht einfach die selbständige Pflicht der Regierung in der Sorge dafür, daß unsere Verfassung, die unseren Stolz darstellt, sicher und dauerhaft in ihrem vollen Umfange wirksam, kein Opferfetzen bleibe, daß unsere Verfassung, welche die große moralische Legitimation unseres Staates in der Welt darstellt, einen lebendigen Beweis der staatspolitischen und moralischen Reife des tschechoslowakischen Volkes bleibe. Deshalb soll sie auch zu den besten Garantien seiner Selbständigkeit gehören.

Der Standpunkt der Regierung zur Minderheitenfrage ist sehr klar und einfach, sowohl in der Vergangenheit wie in der Gegenwart als auch für die Zukunft. Wir verlangen keine Tschechisierung und Slowakisierung der Minderheiten und lehnen dieselbe direkt ab, ebenso wie wir in unserem Staate die Germanisierung oder die Magyarisierung der Slawen verhindern werden.

Den ausländischen Kritikern unserer Minderheitenpolitik antworten wir nicht mit Worten. Wir antworten ihnen mit der Anregung, die zuständigen internationalen Faktoren mögen die Frage studie-

ren, ob es möglich wäre, gemeinsame und Allgemeine Kriterien zu finden, auf Grund deren wir das Vorgehen der einzelnen Regierungen zu den Minderheiten parallel und gleichmäßig regeln würden. Ich erwarte daher, daß zu dieser Reaktivität diejenigen ihre Zustimmung geben werden, welche auf ihrem Staatsgebiete nationale Minderheiten haben und wo immer und wie immer Einwürfe gegen die tschechoslowakische Minderheitenpolitik vorbrachten.

In der Einleitung hatte der Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß Prag im Jahre 1932 die erste internationale Ausstellung in der Tschechoslowakei beherbergen wird die eine Manifestation der tschechoslowakischen Arbeit und Tüchtigkeit sein soll. Die Hauptstadt werde sich dafür vorbereiten, und ohne Unterbrechung werde sie wohl nicht das Auslangen finden. Auch die Regulierung der Moldau-Kais sei notwendig; ebenso müßte bis dahin der „Blas der Republik“ wie die Parabelstube in unserer geordneten Häuslichkeit aussehen.

Im wirtschaftlichen Teil wies Dr. Šobka darauf hin, daß eine konstruktive Handelspolitik die Voraussetzung für den Ausgleich psychologischer und politischer Differenzen sei. Die tschechoslowakische Regierung hat sich von ihrer Linie der mitteleuropäischen Zusammenarbeit nicht abbringen lassen und hat auch eigener Initiative die Schwierigkeiten überwunden, die ihr eine Zeitlang den Abschluß eines Handelsvertrages mit Ungarn verwehrt hätten. Die Schwierigkeiten, die sich solange einer Einigung mit Österreich entgegenstellten, wurden bezwungen. Die handelspolitische Annäherung der Länder der kleinen Entente an die Länder des römischen Protokolls entwickelt sich trotz allen überden Momenten politischer Art günstig. Wir unterstützen hoffnungsvolle Vorbereitungen zur Vertiefung und Konsolidierung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Italien und Deutschland.

Später stellte Dr. Šobka nachdrücklich fest, daß in der Tschechoslowakei die Demokratie die Form der Manifestation der Volkstüchtigkeit bleibe und daß jeder Versuch abgelehnt werden müsse, Demokratie gegen das Nationalgefühl oder die Nationalität gegen den Demokratismus auszuspielen. Die tschechoslowakische Demokratie bildet einen Granitblock, einen Felsen, auf dem unsere Staatsverfassung, unsere Wehrhaftigkeit und unsere moralische Selbständigkeit sicher aufrufen.

Alexandrette-Kompromiß

Genf. Experten der französischen und türkischen Delegation arbeiten nunmehr an dem definitiven Wortlaut des Vertrages, durch den die Frage des Sandhahs Alexandrette geregelt werden soll. Dieses Gebiet wird volle Autonomie in der inneren Verwaltung erhalten, während es in außenpolitischen Angelegenheiten unter der Souveränität des syrischen Staates bleibt. Das französische-türkische Militärabkommen sichert den Sandhah gegen jeden Angriff. Die innere Autonomie wird vom Völkerbunde kontrolliert werden.

„Ewige Freundschaft“

Zwischen Bulgarien und Jugoslawien

Belgrad. Sonntag traf der bulgarische Ministerpräsident Koffejanow im Sonderzug hier ein, um im Außenministerium in feierlicher Weise den Freundschaftsvertrag zwischen Bulgarien und Jugoslawien zu unterzeichnen. Dem Gast wurde ein herzlicher Empfang und große Ehrungen zuteil. U. a. erhielt er auch vom Prinzregenten Paul einen hohen Orden. Der Vertrag setzt fest, daß zwischen den beiden Staaten „unverletzbarer Friede und aufrichtige und ewige Freundschaft“ besteht.

General Ugaki Ministerpräsident

Die militärischen Führer gegen, die politischen Parteien für ihn

Tokio. Mit der Bildung des neuen Kabinetts wurde der 70jährige General Ugaki betraut, der sich vom Kaiser in einer nächsten Audienz eine mehrjährige Frist für die Verhandlungen erbat. General Ugaki war fünf Jahre hindurch in früheren Kabinetten Kriegsminister und auch eine Zeitlang Generalgouverneur von Korea. Die militärischen Kreise, die die Regierungskrise herbeigeföhrt haben, sind mit seiner Designierung einverstanden. Man wirft ihm liberale Anschauungen vor; auch seien durch sein Zutun in den Jahren 1922 und 1925 zwei Divisionen aus Ersparungsgründen aufgelöst worden. Er stand deshalb auch im Vorjahr bei dem niedergeschlagenen Militärputsch auf der Liste derer, die ermordet werden sollten. Gegen General Ugaki haben sich auch die industriellen Kreise ausgesprochen.

Dagegen kommentiert die Presse der politi-

schon Parteien die Wahl Ugakis in günstiger Weise. Die Parteien Mifusei und Seisai sind geneigt, ihn zu unterstützen.

Die Unterredung Ugakis mit den militärischen Führern Terauchi und Kagano brachte noch keine Entscheidung über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich die Wehrmacht an der Kabinettsbildung beteiligen werde. Terauchi soll den designierten Premier auf die gegen ihn herrschende Stimmung in der Armee hingewiesen haben, der man Rechnung zu tragen habe.

Trotzdem glaubt man in politischen Kreisen, daß die Armee nachgehenden müßte, wenn Ugaki bestimmte Forderungen des Oberes annehme, und der kaiserliche Wille äußersten Falles nochmals zum Ausdruck gebracht werde. Terauchi und Kagano werden Dienstag ihre Entscheidung mitteilen.

Die Götter dürsten

Am 21. Jänner waren dreizehn Jahre seit dem Tode Lenins vergangen. Zwei Tage später, am 23. Jänner, begann in Moskau ein neuer Prozeß gegen bekannte Bolschewiki, gegen Kadei, Pjatakow, Solonikow und vierzig andere. Die Ausrottung der alten Bolschewiki wird fortgesetzt. Noch hatten diese Angeklagten der Beurteilung und Hinrichtung und schon nennt man Namen anderer, denen das gleiche Schicksal droht, vor allem den Namen Wucharin, des auch den deutschen Sozialisten bekannten kommunistischen Theoretikers.

Noch ungeheurerlicher und deshalb noch viel weniger glaubhaft sind diesmal die Beschuldigungen als im Sinowjew-Prozeß. Nadel und seine Mitangeklagten sind beschuldigt, nicht nur Terrorakte gegen führende Männer des Sowjetstaates vorbereitet zu haben, sondern im Einvernehmen mit Trocki ein Uebereinkommen mit der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands getroffen zu haben. Trocki habe versprochen, im Falle der Machtübernahme russisches Gebiet abzutreten, Bladivostok und das Amurgebiet an Japan, die Ukraine an Deutschland. Er habe auch versprochen, daß Rußland neutral bleiben werde, wenn Deutschland die Donauländer und den Baltan erobert und Japan China annetzt. Das alles sei bei einer Zusammenkunft Trockis mit dem Stellvertreter Hitler, dem Reichsminister Dethlefsen, endgültig beschlossen worden.

Und wie im Sinowjew-Prozeß sind die Angeklagten geständig, und wenn auch das nicht mehr überraschen kann, so doch die Selbsteinbezug, daß sie noch mehr gestehen, als ihnen zur Last gelegt wird, daß Nadel „gestand“, er habe die Hauptrolle bei der Ermordung Kirovs gespielt.

Daß wütende Beschimpfungen der russischen Presse nicht nur den Prozeß begleiten, sondern ihn einleiten, daß die DZL Nadel ein falsches Repetition nannte, einen Ergreuer und abgefeimten Lügner, ist nicht verwunderlich. Nun, da der Prozeß begonnen hat, werden auch die Resolutionen der Betriebskommissionen, die stürmisch den Tod der Angeklagten fordern, nicht ausbleiben. Alles das gehört bereits zu den gewohnten Erscheinungen sowjetrussischer politischer Prozesse.

Ins Jenseits nicht alle Angeklagten bekannt. Nicht alle standen so im Vordergrund wie Nadel, Pjatakow und Solonikow. Nadel, den alle Welt kennt als einen der gewandtesten kommunistischen Journalisten, der schon vor dem Kriege, als er in Deutschland am Bremer sozialdemokratischen Blatte Redakteur war, auf dem linken Flügel der sozialistischen Bewegung stand und während des Krieges zum Kreise Rosa Luxemburg gehörte, ist gewiß keine allzu sympathische Erscheinung. Aber gerade jene seiner Eigenschaften, die am wenigsten gefielen, seine Sophistik, seine Skrupellosigkeit, sein überheblicher Hohn, seine Kunst des Jonglierens mit der Wahrheit, machten ihn viele Jahre lang zum wertvollsten kommunistischen Journalisten. Nadel ist auch ein sehr kenntnisreicher, vielbelesener Mann. — Eigenschaften, die ihn dazu befähigten, der literarische Ratgeber Stalins zu sein. Das allein müßte freilich genügen, ihn unmöglich zu machen — es darf niemanden geben, der einmal Lehrer des allwissenden Diktators war.

Wir haben für Nadel, einen der gefährlichsten Befämpfer der Sozialdemokratie, keinerlei Sympathien. Aber die Stellungnahme zu den Moskauer Prozessen, zur Sitzung der stalinischen Diktatur mit Blut, hat mit Sympathien und Antipathien nichts zu tun. Der Wunsch vor diesem zweiten Schandprozeß wird allein diktiert durch den Schmerz über die Schandung der Arbeiterschaft durch eine Anklage, die die Lüge an der Stirn trägt, durch einen Prozeß, in dem es keine Wahrheitsfrage gibt, in dem das Urteil feststand, noch ehe der Verhandlungstermin bekannt war, — und durch die unerwartete Offenbarung des entsetzlich-grausamen Charakters der Stalinschen Diktatur als einer wahre Schreckensherrschaft.

In seinem großen Revolutionsroman „Die Götter dürsten“ zeigt Anatol France, wie das Schredenregime Robespierres und Saint Justs unheimlich gefehmäßig den Kreis der Opfer mehr und mehr erweiterte und den Kreis um Robespierre mehr und mehr verengte, bis die Waise so schmal geworden war, daß niemand mehr zu den Scharfen — zu den Verächtlichen sich zählen konnte, bis — wie Robespierre so lange köpfen ließ, bis so ziemlich alle Feinde des Regimes befeitigt schienen. Dann aber stand er allein. Die

*) Tschechisch: „smilovně“.

Revolution hatte alle verschlungen, die ihre Träger, ihre Kämpfer gewesen. Damit war Nobespierres Ende gekommen.

Es gibt in der Geschichte keine vollkommenen Parallelen, nur Ähnlichkeiten. Darin aber waren bis jetzt alle Diktaturen einander ähnlich, daß sie ununterbrochen Feinde zu besitzigen hatten, daß der Diktator um die Alleinherrschaft rang und jeden besitzigte, der sie ihm streitig machte oder zu machen schien oder hätte gefährden können, und darin unterscheidet sich Stalins Diktatur, eben weil sie Alleinherrschaft eines einzelnen ist, nicht von anderen. Der Diktator mag des Glaubens sein, daß seine uneingeschränkte Herrschaft notwendig sei für die Idee, in deren Namen er herrscht, — als Diktator ist er Mensch, der den Befehlen der Diktatur unterliegt. Stalin mag des Glaubens sein, daß er des Sozialismus wegen keine Kritik, keine andere Meinung, keine oppositionelle Strömung dulden darf — und die hündische Unterwürfigkeit aller, die in seinem Schatten an der Macht teilnehmen, mag ihn — nicht anders als die Speichelleckerei der Höflinge eines absoluten Monarchen — in seiner Auffassung bestärken. Das Ergebnis ist doch, daß in Sowjetrußland fast im selben Tempo, in dem der wirtschaftliche Aufbau fortschreitet und die Produktionsziffern steigen, der Sozialismus verhängnisvoll wird, das Wesentlichste des Sozialismus, sein eigentliches Ziel, die Menschlichkeit.

Der doppelte Zweck der Wutprozesse wird zunächst erreicht werden: wer Stalin je gefährlich

war, sei es auch nur als bissiger Kritiker, wird befeitigt — und jährender Schrecken wird sich auf das weite Land legen und die harmlosesten oppositionellen Regungen zurückjagen in die verborgenen Geheimkammern der Herzen. Und so mag es dann lange Zeit bleiben: laute Befehlsbefehle der Zufriedenheit und ängstliche Abdrücken der Massen von allem, was Politik ist — wenn man unter Politik etwas anderes versteht als das überlauten Ja-Sagen. Aber freie Menschen entwickeln sich unter diesem System nicht, — innerlich freie Menschen. Die Millionen Sowjetrußen werden ein Volk gehoramer Untertanen. Sie werden es nicht für alle Zeiten, nicht für die Ewigkeit, aber für beträchtlich lange.

Der Gott dürrtet. Das „Licht der Welt“ duldet kein anderes Licht neben sich, nicht einmal das flackernde Licht des Madefischen Geistes.

Mehr und mehr erweitert sich der Kreis derer, die als Opfer der Stalinschen Diktatur fallen. Aber nur scheinbar wird dadurch der Kreis derer, die die Diktatur tragen, ein breiterer. Ein stummendes Volk, auch wenn es kein Schweigen hinter begeistertem Jubel verbirgt, ist auf die Dauer keine Massenbasis. Gibt es in Stalins Umgebung keinen Kenner der Geschichte der Revolution mehr, der den Mut hat, ihm zu sagen, daß sein Weg gefährlich für Sowjetrußland, für den Sozialismus, und daß jeder derer, die gegen die Opfer der Schauprozesse fallen, den Sozialismus trifft?

Die Stimme Frankreichs:

Abrüstung, Wirtschaftsfrieden, kollektive Sicherheit!

Léon Blums große Lyoner Rede

Auf dem Bankett der Volksfront in Lyon, an dem 3000 Menschen teilnahmen (2000 mußte wegen Platzmangels das Eintrittsgeld zurückgegeben werden) und das zu einem der bedeutendsten politischen Ereignisse der französischen Politik der letzten Jahre wurde, sprach Sonntag 2. Blum, Herriot führte den Vorsitz. 17 Mitglieder der Regierung waren anwesend. Sämtliche Sender Frankreichs übernahmen die Rede.

Blum ging von der deutschen Forderung nach „direkten Besprechungen“ aus. Er erklärte dazu u. a.:

Direkte Besprechungen existieren, aber ich befürchte, wenn von diesen direkten Besprechungen gesprochen wird, wird in Wirklichkeit oft an eine andere Sache gedacht, man denkt an den Abschluß eines dauernden Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich, an Verhandlungen zu zwei ohne Anwesenheit anderer Staaten. Léon Blum sagt, daß Kanzler Hitler offen einer solchen Methode den Vorzug gibt. Die den Abschluß zu zwei seitiger Verträge anstrebt, immer getrennt zwischen zwei Staaten, Verträgen, die direkt die Interessen der zwei Staaten betreffen und die mit Vorbedacht getrennt von den anderen Staaten geführt werden. Diese Methode, sagt Léon Blum, ist nicht die Methode, die die französische Regierung vertritt und leidet. In dem ich dies bemerke, will ich nicht verkünden, daß jemandem theoretisch der Vorzug zu geben ist.

Ich gebe einen Beweis der Realität, wenn ich erkläre, daß wir die französische Sicherheit nicht vom europäischen Frieden trennen wollen. Wir wollen dies nicht, weil wir es nicht können. Wir sind überzeugt, daß keine wie immer geartete Verpflichtung gegenüber Frankreich den Frieden Frankreichs sichern würde und diese Überzeugung brüht die oft schlecht aufgefachte Formel „von dem unteilbaren Frieden“ aus. Wir können in Europa nicht gleichegültige Zuschauer bleiben. Wir sind Mitglieder des Völkerbundes, trennen Prinzipien, trennen dem Pakt haben wir Freundschaften abgeschlossen, denen wir vollkommen solidarisch bleiben, haben wir Verpflichtungen übernommen, denen wir voll treu bleiben werden. Unser Ziel bleibt, um abermals einen Ausdruck aus dem Londoner Kommuniqué zu gebrauchen — die Gesamtregelung der europäischen Probleme.

Wir haben bewiesen, daß wir zur Erzielung dessen bereit sind, die aufrichtigste Mithilfe zu gewähren. Aber die Lösung des französisch-deutschen Friedens suchen wir zum Zwecke der Gesamtregelung.

Ich glaube voll an die Möglichkeit dieser Regelung, wenn sämtliche europäischen Nationen mit gleichem guten Willen dazu beitragen. Aber ich glaube, daß dies Anthony Eden in seiner Dienstag-Rede im Unterhaus gesagt hat, daß im

gegenwärtigen Augenblicke diese Möglichkeit ausschließlich von Deutschland und ab hängt. Ich möchte mich über diese Sache mit vollkommener Offenheit ausdrücken. Wann kann im gegenwärtigen Augenblicke sehen, wie der deutsche Staat seine gesamte organisatorische Geschicklichkeit und die gesamte Macht seiner nationalen Willens anspannt, um die ersten Schwierigkeiten wirtschaftlichen Charakters zu überwinden. In zahlreichen Köpfen ist also spontan die Idee irgend eines Austausches, irgend eines Vertrags entstanden, wonach Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete Hilfe erhalte, die es durch zufriedenstellende Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Situation kompensieren würde. Ich möchte mich nicht auf diesen Vorschlag stellen. Ich glaube nicht, daß wir Deutschland etwas anbieten sollen, was einem Marktfleißigen ähnlich wäre. Wir haben ein viel zu tiefes Gefühl unserer nationalen Würde, wir sind allzu sehr entschlossen, deren Respektierung im Augenblick der Notwendigkeit durchzuhalten, als daß wir nicht selbst die Würde anderer Nationen respektieren würden. Wir sind noch mehr entfernt von dem Begriff der gleichzeitigen fassen und gefährlichen Idee, daß die Verschlechterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands es eines Tages dazu zwingen könnte, um Hilfe zu bitten und sich deren Bedingungen zu unterwerfen. Wenn es eines Tages zu Abkommen kommt, können sie und dürfen sie nicht anders abgeschlossen werden, als im Geiste des Vertrauens und auf Grundlage der Gleichheit. Dann führe Blum fort: Es muß die offene Wahrheit konstatiert werden, vor der niemand beim gegenwärtigen Stand der Dinge in Europa die Augen verschließen kann, wo überall das Betrüben in rascherem Tempo als vor dem Kriege fortschreitet. Wie kann man wirtschaftliche Abkommen beabsichtigen, die von der politischen Regelung unabhängig sind?

Welche Nation würde einer Zusammenarbeit mit einer anderen Nation zustimmen, z. B. dadurch, daß sie ihr Kredit eröffne, oder ihre Versorgung mit Rohstoffen verbessere oder ihr die Möglichkeit einer besseren Anschließung oder Kolonisierung beschaffen würde, wenn die Befürchtung bestünde, daß die Hilfe, die sie gewährt, sich eines Tages gegen sie selbst zu wenden droht, daß der Kredit und die Rohstoffe eines Tages die militärische Kraft und den militärischen Potential vergrößern, deren direkte Opfer er selbst oder seine Freunde wären?

Es ist also ein unerläßlicher Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der einen Seite und der politischen Organisation und der Einstellung des Weltkräftens auf der anderen Seite. Damit die Arbeit gemeinsam sein könne, ist es notwendig, daß sie in Frieden geschehe. Dieser Zusammenhang ist ebenso offensichtlich, wenn wir das Problem umkehren. Die übermäßigen Rüstungen, davon bin ich fest überzeugt, werden Europa dazu zwingen, neuerlich die Frage der Abrüstung in Erwägung zu ziehen. Der Vertrag über die allmähliche Beschränkung und Abschaffung der Rüstungen muß ein gewichtiger Bestandteil der Gesamtregelung der europäischen Probleme werden.

Léon Blum sagt, es sei nicht möglich, einen internationalen politischen Vertrag über die Abrüstung in Erwägung zu ziehen, der nicht als Ergänzung

ein internationale Wirtschaftsabkommen hätte. Damit geht er zu dem Gedanken über, daß es gut wäre, gemeinsam die Ausstattung der Staaten und das Problem der großen europäischen Arbeiten, der kolonialen und internationalen zu organisieren.

Léon Blum erinnert bei dieser Gelegenheit an den Plan, der am Beginn der gegenwärtigen Krise von ihm dem internationalen Arbeitsamt im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen vorgelegt wurde und er erinnert weiters an den Plan der Lösung des Reparationsproblems, das nach dem Weltkrieg die Sozialisten vorgelegt haben.

Die Rede Blums spricht — gewiß in sehr höflicher, in französisch höflicher Form — aber doch mit aller Entschiedenheit aus, wie ernst heute die Lage in Europa ist. Hinter den Worten Blums steht die klare Erkenntnis, daß eine Fortsetzung der bisherigen Rüstungspolitik auf längere Frist für alle Staaten und Völker untragbar ist. Abrüstung tut not, denn ohne die Abrüstung wird der Krieg schon bald unüberwindlich, weil wie 1914 auch die Staaten das Betrüben nicht aushalten.

Aber Blum weiß als Sozialist auch sehr gut, daß die heutige Scheinkonjunktur eines Sektors der Weltwirtschaft auf den Rüstungen beruht. Abbruch der Rüstungen bedeutet Einbruch einer schweren Krise. Also fordert Blum zugleich mit der Abrüstung ein Wirtschaftsaufbau in Form, als dessen Vorbild er die Pläne der freien Gewerkschaften und der Sozialistischen Internationale bezeichnet.

Man weiß, daß für Hitler beides untragbar ist: die Abrüstung wie auch eine Wirtschaftspolitik, die zur Zusammenarbeit und zu sozialistischen Lösungen führt.

Blum fordert aber auch ein drittes: die Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit, Verzicht auf das System der zweiseitigen Verträge, die zu Kriegen gegen kleine Völker, zu Überfällen und Raubzügen führen müssen. Ein autoritativer Völkervertrag ist unerläßlich. Auch diese Forderung ist für Hitler selbstverständlich unannehmbar.

Die deutsche Presse, einschließlich der offiziellen Dipl. Korrespondenz, lehnt denn auch Blums Forderungen ab. Noch ehe Hitler gesprochen hat, ist zu erkennen, daß er ablehnen wird.

Die französische und die britische Presse betonen andererseits, daß Blum nicht nur im Namen ganz Frankreichs, sondern auch in dem Namen aller friedenswilligen Staatsmänner der Welt gesprochen habe. In der Welt ist man überzeugt, daß Blums Worte vom Sonntag auch die Meinung der britischen und der amerikanischen Politik darstellen. Blum war der Dolmetscher einer gewaltigen Koalition, die Hitler ein letztes Bestandigungsangebot macht. Bleibt es bei Hitlers Ablehnung, so wissen Paris, London und Washington, wessen man sich zu versehen hat und sie werden demgemäß entscheiden!

Das Kaffeehaus in der Seitengasse Roman von Fritz Rosenfeld

„Warum nicht? Man muß heute jede Arbeit leisten, die bezahlt wird. Bezahlt, Carolina, mit richtigem Geld bezahlt, nicht mit ein paar Lumpigen Scheinen, wie bei Finsterbusch. Ich bin nicht dümmer, als Drexler, was er trifft, werde ich auch treffen.“

„Ich weiß zwar nicht, was Drexler besonders leistet, aber wenn sie ihn dafür so reichlich bezahlen, dürfte es sich wohl um eine schmutzige Sache handeln.“

„Er spioniert. Nichts anderes. Er ist ihr Spion in der Armee. Er fotografiert die Papiere, die sie brauchen. Sie bereiten eine Aktion vor, deren Gelingen von der Stellung des Heeres abhängt. Sie müssen wissen, welche Regimenter ihnen günstig sind und welche zu Widerstand entschlossen sind. Sie müssen wissen, was die Heeresleitung im gegebenen Fall gegen sie unternehmen wird. Dies auszulundschaften ist Drexlers Aufgabe. Dafür bezahlen sie ihn.“

Carola schenkte Willys Worte nicht zu verstehen. Sie strich über die Stirn, sie sann nach. Drexler war ihr nie sympathisch gewesen, sie hatte für gefühlsloses Draufgängerium, für die Feldherrnpose eines kleinen Leutnants, nichts übrig. Aber sie hatte ihn für einen anständigen Kerl gehalten, der mit dem Herzen an seinem Beruf hing. Nun war dieser Beruf nur noch ein Vorwand, er hätte den Dienst wohl längst quittiert, wenn er ihm nicht die Möglichkeit geboten hätte, Dokumente in die Hand zu bekommen, die für die anderen von Wert waren. Da hatte sich

im Staat ein zweiter Staat gebildet, mit militärischen Organisationen, mit einem Generalstab, einer Bürokratie, eigenen Gesetzen und einem eigenen Spionagedienst. Man las davon, in den Zeitungen, seit Jahren; Verräter wurden im Wald niedergeschlagen und verscharrt, Spitzel, die lästig wurden und Erpressungen versuchten, vor ein Ferngericht gestellt und abgeurteilt. Das war alles in nebelhafter Ferne gesehen, es war nur halbe Wirklichkeit gewesen; nun wurde es gespenstlich nah, nun konnte sie die Gestalten dieses Spiels greifen. Wenn Drexler sich soweit vorgevagt hatte, aus Hunger nach dem Abenteuer oder aus Hang am Geld, konnte er wohl nicht mehr zurück; aber Willy mußte gerettet werden, er war verloren, wenn er dem Zeichen verfiel.

Sie ging zu Städtlein. „Sie haben mir geholfen. Städtlein, helfen Sie auch ihm. Sie sind der einzige, der es kann. Er wird auf sie hören. Mir antwortet er, ich verstände als Frau nichts von diesen Dingen. Politik sei eine Männerwelt, man dürfe sie nicht aus der Perspektive der Sentimentalität betrachten, nicht Gefühle entscheiden in ihr, sondern eiserner Notwendigkeiten. Er spricht von eisernen Notwendigkeiten, Städtlein, er hat sich bereits damit innerlich abgefunden, er ist entschlossen, hinüberzulaufen, er gesteht es sich nur noch nicht ein. Er wartete die Prüfung ab, um sich vor sich selbst zu rechtfertigen; fällt er durch, geht er den Weg, den er schon heute gehen will. Sie werden ihn zugrunde richten, wenn sie ihn in die Finger bekommen. Er ist nicht stark genug, er ist nicht brutal genug, er kann ihnen soeder Widerstand leisten, noch wird er sich bei ihnen durchsetzen können. Sie werden ihn für ihre Zwecke gebrauchen und dann fortwerfen. Er ist ein Waschlapfen. Ich würde mich seiner schämen, Städtlein, wenn ich ihn nicht so gern hätte.“

„Ich kann nicht mehr tun, als mit ihm reden, Carolina“, erwiderte Städtlein. „Selbst wenn

ich sein Vater wäre, könnte ich ihn nicht mit Gewalt zurückhalten. Das ist der fürchtbare Fluch: Wir Menschen, die Augen im Kopf und offene Herzen haben, sehen, wie sie ins Verderben rennen, wir rufen sie, wir betteln, aber sie hören nicht, sie gehen weiter, denn irgendwo lockt sie eine Trommel, die lauter ist als unsere Stimme. Ich werde mit ihm reden, noch heute abends. Ich werde tun, was in meinen Kräften steht, Carola.“

„Sie sehen die Dinge ganz falsch, Städtlein“, sagte Willy. „Sie sehen sie mit den Augen von vorbesten, eure Schlagworte von Demokratie und Humanität sind längst lächerlich geworden. Seit Jahrhunderten wird Humanität gepredigt; hat sie einen einzigen Krieg verhindert? Seit Jahrzehnten werden Staaten demokratisch regiert. Haben Sie nicht an den Kriegen teilgenommen? Der Krieg ist stärker, der Krieg ist das ewige Gesetz, Genoa hat recht.“

„Die Humanität ist ein Ideal geblieben, weil die Menschen noch nicht reif für sie sind; aber sie kommen ihr immer näher. Die Demokratie hat Fehler begangen, weil sie jung war und sie wurde mißbraucht, ihr Inhalt wurde verfällicht von denen, die sie hassten. Man muß den Ideen Zeit lassen, zu wachsen, wie den Pflanzen und den Menschen.“

„Wir haben aber keine Zeit, Städtlein, das ist es ja! Wir können nicht warten, bis sich in hundert oder zweihundert Jahren eure schönen Ideale verwirklichen. Wir leben jetzt, und wir wollen leben. Wir hungern in den Jahren, in denen wir studieren; wenn wir Doktoren sind, dürfen wir weiter hungern, weil keine Stellen für uns freigemacht werden. Wozu studieren wir also? Um der heiligen Wissenschaft zu dienen? Sehen Sie sich mal den Formelkram an, glauben Sie, das wächst einem Menschen ans Herz, das erfüllt die Seele eines Menschen? Wenn man kein Brot damit verdient — schön. Wenn nicht — dann hol's der Teufel.“

„Willy, Sie sehen die Dinge nur von außen. Wenn Sie diese Uniform anlegen und hinter dieser Fahne herlaufen wie tausende und tausende, die verwirrt sind und mit Pfaffen und Mägen gefangen werden, dann schaffen Sie sich ja nicht nur ein Stück Brot, dann dienen Sie ja auch einer schlechten Sache, dann helfen Sie ja mit, die Gehirne verflüchten und die Blicke vernebeln, sie ziehen ja wieder gehn andere mit ins Unglück, wie Sie von diesem Drexler ins Unglück gezogen wurden.“

„Wieder Herr Städtlein, ich bin alt genug, um selber entscheiden zu können, was für mich ein Glück und was für mich ein Unglück ist. Sie wollen mich zurückhalten, natürlich, weil Sie alt sind und Ihr Gehirn mit vermoderten Begriffen verkrampft ist. Ihr zittert ja alle vor uns, weil wir die Jugend sind, weil wir mit dem Blunder aufräumen werden, den ihr angesammelt habt, weil wir euch den Staat aus der Hand nehmen wollen.“

„Es hat noch keine Jugend gegeben, die nicht behauptet hätte, die vorhergehende Generation habe alles schlecht gemacht und sie werde nun die begangenen Fehler wieder gutmachen. Wir waren auch einmal jung, Willy, und haben gegen unsere Väter dieselben Vorwürfe erhoben. Aber nicht mit dem Revolver in der Hand, Willy, nicht in der Uniform eines Söldnerheeres.“

„Jede Zeit hat ihre Form, Herr Städtlein.“

„Es tut mir leid, Willy, daß Sie so sprechen. Ich hab Sie immer für einen vernünftigen Jungen gehalten. Jetzt hat es auch Sie gepackt.“

„Es geht nicht um Vernunft, Herr Städtlein. Es geht darum, ob wir leben dürfen oder verrotten müssen. Es geht um eine ganze Generation, Herr Städtlein.“

„Sie übertreiben ein wenig, Willy. Es wäre sehr schlimm, wenn die ganze Generation so dächte, wie Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

Sudendeutscher Zeitspiegel

Goebbels, Henlein und die „Rumburger Zeitung“

Aus der Häuslichkeit unserer „Völkischen“

Die „Rumburger Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Sonntagsausgabe ausführlich mit der Behauptung der „Zeit“, in Deutschland sei die „Rumburger Zeitung“ verboten worden. Das Rumburger Blatt behauptet, ein solches Verbot existiere nicht. Allerdings habe die „Zeit“ ein solches Verbot betrieben, um die „Rumburger Zeitung“, die einen scharfen Kampf gegen die SdP führt, wirtschaftlich zu ruinieren. Die „Zeit“ habe, um die „Rumburger Zeitung“ im Reich zu diffamieren, sogar den deutschen Rundfunk irreführt.

Zunächst steht die „Rumburger Zeitung“ gegen die SdP in scharfer Opposition. Aber nicht etwa deshalb, weil die SdP der „Rumburger Zeitung“ zu wenig demokratisch, sondern weil sie ihr „zu wenig“ national, sozialistisch ist. Man kann die „Rumburger Zeitung“ als das Sprachrohr des Herrn Kunz bezeichnen und man hat in diesem Blatt noch keine einzige Zeile gefunden, die dem Hitlerregime nicht genehm sein könnte. Es benimmt sich unter den Augen des tschechoslowakischen Konsuls so, als ob es auf reichsdeutschem Boden erwachse. Zum Beweis dessen, daß sie „brau“ ist, führt die „Rumburger Zeitung“ den reichsdeutschen Behörden in ihrer Sonntagsausgabe auch die Artikel vor Augen, die in der sozialdemokratischen Presse unseres Landes über dieses Blatt gefällt werden und es vergißt nicht, unsere Feststellung in Fettdruck wiederzugeben, daß es sich freiwillig der Politik des Dritten Reiches reißlos gleichgeschaltet hat! Auch daß sie in der Spanienfrage getrennt von den Befehlen der Goebbelszentrale gehandelt hat, vergißt die „Rumburger Zeitung“ nicht anzumerken.

In der Tat wäre nicht einzusehen, weshalb ein solches Blatt im Dritten Reich verboten werden sollte, wenn nicht die Hitlerbehörden es für

notwendig erachteten, der SdP einen Liebesdienst zu erweisen. Dies aber würde wieder ein bezeichnendes Licht auf die Beziehungen der SdP und ihres Hauptorgans zu den Hitlerbehörden werfen und die Zusammenhänge der SdP-Politik mit der Hitlerdiktatur klar erweisen. Schon daß die „Zeit“ sich im Kampf gegen die „Rumburger Zeitung“ des deutschen Rundfunks bedienen kann, bzw. daß der deutsche Rundfunk die Nachrichten der „Zeit“ sozusagen als seine eigenen übernimmt, läßt allerhand Schlüsse auf die Beziehungen SdP-Hitler zu.

Die „Rumburger Zeitung“ unterhält ihrerseits offenbar nicht weniger rege Beziehungen zu den Behörden des Dritten Reichs. So ist sie in der Lage, eine vertrauliche Information des „Sudendeutschen Dienstes“, Berlin W 50, Postfach 39, wiederzugeben, in der unter der Überschrift „Verbrecher am Werk“, heftige Angriffe gegen die „Rumburger Zeitung“ erhoben werden. Der betreffende Artikel im „Sudendeutschen Dienst“ stammt von dessen Prager Berichterstatter, der es nicht weilt zu den Redaktionsräumen der „Zeit“ haben dürfte. Man bedenke, daß also die SdP auf diesem Wege sogar in der Lage ist, in Berlin vertrauliche Informationen, bzw. Weisungen an die gleichgeschaltete Presse zu erteilen! Die „Rumburger Zeitung“ läßt sogar die Vermutung offen, die „Zeit“ habe zu den „ausländigen“ reichsdeutschen Stellen so gute Beziehungen, daß sie von der Absicht oder der Tatsache des Verbotes erfahren kann als die eigentlichen reichsdeutschen Behörden. Nun, man wird da doch sehr ...!

Der Streit in der „völkischen“ Häuslichkeit zeigt der demokratischen Öffentlichkeit nur, daß die „Rumburger Zeitung“ und die „Zeit“ Fremdkörper in einer demokratischen Journalistik sind und daß die Verhandlung dieser beiden Blätter mit dem Hitlerhütem kaum noch übertrifft werden kann.

alljährlich in Anspruch, ohne über die Person des Mannes nähere Erkundigungen einzuziehen. Die angeleglichen organisatorischen Fähigkeiten, das gewandte Auftreten und die Sprachkenntnisse, machten es dem Betrüger leicht, von der Firma rund 70.000 Kronen herauszuschlagen. VIELLEICHT HÄTTE SICH DIE TÄTIGKEIT BENEVOLO NOCH WEITER ERSTRECKT, WENN NICHT DIE AUFSICHER STAAATSPOLIZEI, DIE ÜBER DEN MANN DURCH DIE PRAGER POLIZEIDIREKTION GUT UNTERRICHTET WAR, UND DIE AUCH, ALLERDINGS VERGEBLICH, DIE FIRMA GEWARNT HÄTTE, SEINE NEBERFÜHRUNG NACH PRAG BERANLAßt HÄLLE, AUCH DORT HAT ER MEHRERE GROßBETRIEBE UM ERHEBLICHE SUMMEN GESCHÄDIGT. RECHT SIBT ER IN PRAG.

Widerruf des Photographierverbotes. Die Bezirksbehörde in Teichon verlaubbart folgende Kundmachung: Mit dem Bescheide vom 14. September 1936, Zahl 851—pres., hat die Bezirksbehörde in Teichon das Photographieren im Freien für den ganzen politischen Bezirk Teichon bis auf Widerruf überhaupt verboten. Im Sinne des Artikels 3, Absatz 1, des Gesetzes vom 14. Juli 1937, Zahl 125, S. d. G. u. W., ändere ich dieses Verbot des Photographierens dahingehend ab, daß dieses Verbot nur für die Zeit militärischer Bauten gilt und nur für Orte, wo solche Bauten tatsächlich durchgeführt werden und für die betreffende Gebietzone, welche durch besondere Warnungstafeln gekennzeichnet ist. Es wird dies ein Raum von ungefähr 600 Quadratmeter im Umkreise des betreffenden Baues sein. Im übrigen gilt jenes Verbot und insbesondere dessen Strafbestimmungen weiter.

Reicht der Nationalbank:

Weitere Besserung der Wirtschaftslage

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 25. I. W. seine ordentliche Monatsitzung unter dem Vorsitz des Gouverneurs Mr. Karl Erglis ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

In die unsichere internationale politische Lage der letzten Wochen greift das erhöhte Bestreben der Großmächte nach Neutralisierung des spanischen Konflikts und die Schritte zur Verstärkung der politischen Konsolidierung auf dem Balkan beruhigend ein. Auch das stetige Ansteigen der Weltkonjunktur mildert die Störungen in der Weltwirtschaft und im internationalen Güteraus-tausch, nachdem durch den Preisrückgang die nötige Finanz- und Währungsstabilität in die Rohstoffgebiete allmählich zurückkehrt. Die Weihnachtssaison war heuer im Ausland bedeutend lebhafter als in den Vorjahren.

Die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei bes-fert sich weiterhin sichtlich, die Belebung erfährt allmählich weitere Bräunung.

Sowohl das Niveau der Großhandels-, als auch der Kleinhandelspreise befindet sich in der Tschechoslowakei in mäßigem Aufsteigen. Der Hauptfaktor für diese Bewegung scheint das An-schwellen der Weltrohstoffpreise zu bilden.

Der Schauprozeß gegen „den zweiten Karren“

Tolle Geständnisse: Radek will Kirow ermordet haben

Trotzki tritt die Ukraine an Hitler ab / Endziel Radeks der Faschismus...

Moskau. (Zaf.) Samstag wurde der An-geklagte Pjatalow verhört. Er legte dar, wie er im Jahre 1931 auf der Reise nach Berlin mit dem Sohne Trotzki Sedow zusammentraf, der ihm im Namen seines Vaters neue Aufträge über-gab. Sie enthielten die Richtlinien für die ter-roristischen Aktionen und die Sabotage und die Verwendung des internationalen Forums gegen die Sowjetregierung. Trotzki ordnete ein entschie-denes Vorgehen gegen die führenden Persönlich-keiten der Sowjetunion an. Nach der Rückkehr nach Moskau erhielt Pjatalow ein Schreiben, in welchem Trotzki verlangte, daß ein Attentat gegen Stalin ausgeführt und alle Kräfte vereinigt wer-den, die gegen die führenden Persönlichkeiten des Sowjetverbandes und der Partei kämpfen. Pjatalow bestätigte, daß er in ständigem und engem Verkehr mit Bucharin stand. Im Verlaufe des Jahres 1932 hatte er einige Beratungen mit Nadel, der seine Zustimmung gab, daß er zum Sturz der Sowjetmacht zusammenarbeiten werde.

Der Angeklagte Nadel bestätigte die Aus-sage Pjatalows. Der Angeklagte Pjatalow sagte weiter aus, daß er im Jahre 1935 mit Nadel die Zusammen-kunft mit Trotzki vereinbart habe. Er hätte da-zu eine Dienstreise nach Berlin benötigt und reist: mit falschem Paß mit einem Sonderflug-zug, das ihm mit Hilfe eines Trotskyistischen Agenten in Berlin beigelegt wurde, nach Oslo ab, wo er mit Trotzki zusammentraf. Ihr Ge-spräch dauerte zwei Stunden. Trotzki warf ihm vor, daß die Schädlingstätigkeit in der Sowjet-union schwach sei und drang darauf, sie zu ver-schärfen und Massenterror gegen die Führer der Sowjetverbände als Hauptkampfmethode anzu-wenden. Er verlangte dies im Hinblick auf den Krieg, der, wie er überzogen sei, im Jahre 1937 ausbrechen werde und er erklärte, daß der Faschis-mus die wichtigste reale internationale Macht sei, daß man also die Verbindung mit ihm aufrecht-erhalten und sich seine Unterstützung für den Fall sichern müsse, daß die Trotskyisten sich der Sowjet-macht bemächtigen.

Er machte Pjatalow Mitteilung von seinen Verhandlungen mit Hitlers Vertreter der Natio-nalsozialistischen Partei, Gey, und von dem Ab-kommen, das durch diese Verhandlungen erzielt wurde, das ist, daß die Faschisten Trotzki unter-schieben werden, der als Ersatz dafür ihnen eine reiche wirtschaftlicher und territorialer Konzessionen, u. a. die Abtretung der Ukraine, an den deutschen Faschismus machen wird. Im Verlaufe dieser Verhandlungen warf Gey die Frage der Zusammenarbeit der Trotskyistischen Tätigkeit im Sowjetverband mit der deutschen Wehrmacht während eines Krieges auf.

Das Gericht verhörte sodann den Zeugen Buchargew. Die sonntägliche Verhandlung galt dem Ver-hör Karl Radeks. Er sagte aus, daß er im Jahre 1932 von Trotzki einen Brief erhielt mit der Aufforderung, den aktiven Kampf unter An-wendung von Terror wieder aufzunehmen. Nadel war bekannt, daß Sinowjews Anhän-ger in einigen Städten terroristische Gruppen ge-bildet hatten, daß die Ermordung Stalins und anderer Führer der Partei und der Regierung so-wie die Ermordung Kirows in Leningrad vorbereitet war. Zur Organisation dieses Mor-des an Kirow erwählte Nadel selbst Prigozschin. Nach diesem Morde hatte Nadel ein Gespräch mit Bucharin. Beide mußten anerkennen, daß der Mord nicht die erwarteten Folgen hatte, denn es entspann in den breiten Schichten eine Panik.

Nadel wurde weiters über die außenpoliti-schen Pläne des Trotzki-Sinowjew-Blockes ver-hörte. Er sagte aus, daß er von Trotzki drei Briefe mit Richtlinien in dieser Sache erhielt. In dem ersten Brief vom April 1934 hätte ihm Trotzki geschrieben, daß die Infalliertheit des faschisti-schen Regimes in Deutschland und die Verschär-fung der Situation im Fernen Osten den Krieg nahegebracht habe, der unabweisbar zur Nieder-lage des Sowjetverbandes führen und so die Voraussetzungen schaffen werde, daß sich der Block die Macht an sich reiße. Daher sei es im Inter-esse des Blocks, daß dieser kriegerische Zusammen-schluß beschleunigt werde. Trotzki warf Sinowjew und Nadel vor, daß sie sich im Kampf für den „Frieden“ allzu sehr persönlich engagierten. Er verlangte, daß Sinowjew und Nadel in ihren Gesprächen mit den ausländischen Vertretern in Moskau die Vereitiligkeit des Blocks zu wirtschaftlichen und terri-torialen Konzessionen erklären. In einem Nadel gesandten Brief vom Dezember 1935 erwähnt Trotzki zwei Varianten, wie der Trotzki-Sinowjew-Block die Macht im Sowjetver-band an sich reißen könnte; es war jedoch klar, daß Trotzki als reell wohl eine einzige Möglichkeit ansah, das ist die Ergreifung der Macht durch eine kriegerische Niederlage des Sowjetverbandes. Dieser Brief enthielt auch das ganze Programm der Erneuerung des Kapitalismus und territorialer und wirtschaftlicher Konzessionen und Privilegien für den siegreichen Faschis-mus.

Auf die Frage des Staatsanwaltes erklärte Nadel, in Wirklichkeit handelte es sich nicht um Bonapartismus, sondern um eine faschi-stische Form des Regimes, die in den Diensten des Finanzkapitals der anderen Länder stünde.

In der Abenditzung erfolgte zunächst die Einvernahme des Zeugen M. M. Sodann wurde der Angeklagte Sokolow einvernommen, der u. a. gestand, von der Vorbereitung des An-schlages auf Kirow gewußt zu haben. Sinowjew gab auch zu, daß er Kenntnis von den Verhand-lungen gehabt habe, die zwischen den Mitgliedern des Vereinigten Zentrums und der Rechten (Bucharin, Nklow, Tomski und Uglanow) geführt wurden.

Der dritte Karren in Sicht: Rykow, Uglanow, Bucharin. Kopenhagen. „Politiken“ meldet aus Warschau, daß Nklow, der Vorsitzende des Rates der Volksemissionäre war, von der GUM in seiner Wohnung verhaftet worden sei. Unmit-telbar nach den Ausgängen Radeks und Pjatalows in dem großen Moskauer Prozeß seien gestern sieben Offiziere der Moskauer Garnison, ferner der frühere Oberbürgermeister von Moskau, Uglanow, der Sekretär Pjatalows, Mos-takow, und das Mitglied der Komintern und Mitarbeiter Dimitroff, Legin, festge-nommen worden.

Politischer Mord in Paris an einem Trotzki-Russen. Paris. Montag nachmittags wurde im Bois de Boulogne der Leinwand des 47jährigen Russen Dimitri Rawaschin, Wirtschaftsredakteur und Mitglied der Sowjetkolonie in Paris, ge-schunden. Nach der Überzeugung der in Paris leb-enden Russen handelt es sich um einen politi-schen Mord. Rawaschin war bis vor kurzem in der Sowjetrussischen Kolonie in Paris hervorragend tätig, brach aber alle Beziehungen zu ihr ab und ging zu den Trotskyisten über. Er soll ein vertrau-ter Freund Pjatalows und des ehemaligen Bot-schaftsrates Sinowjew gewesen sein, die zurzeit vor dem Moskauer Verhörshof stehen. Wie später gemeldet wird, wurde Rawaschin, der in Begleitung zweier Hunde spazieren ging, von einem Mann durch drei Revolverschüsse getötet. Bevor Hilfe zur Stelle war, gelang es dem Mörder zu flüchten.

Der Reichstag für Samstag einberufen. Berlin. Wie Dr. Goebbels bekanntgab, wird der deutsche Reichstag am 30. Jänner um 13 Uhr zusammentreten. Der Reichsangler wird eine Regierungserklärung abgeben. In sämtlichen Ver-trieben werden die Arbeiter geschlossen an den Lautsprechern versammelt sein. Um 17 Uhr tritt das Reichskabinett zusammen. Um 20 Uhr wird Hitler ein Fachezugs dargebracht. Die Veröffent-lichung wurde aufgeschoben, am 30. Jänner ihre Wohnungen zu beslagern.

West-Angola in Erbpacht? London. Die Agentur Stefani bringt eine Meldung des „Daily Express“, bezugsfolge Portugal West-Angola als Erbpacht auf hundert Jahre an Deutschland abtreten werde. Das Blatt fügt hinzu, daß England keinen negativen Stand-bunkt einnehme, weil nach dem Abkommen von Windsor, daß wegen des Weltkrieges nicht verwirklicht wurde, Deutschland die Zone von West-Angola abtreten werden sollte.

Zum Radek-Prozeß

„Und dennoch...“

Der neue Roman von Margarete Neumann zeigt die Hintergründe der Moskauer Prozesse gegen die alten Bolschewiki auf.

Preis 18 K. 240 Seiten.

Su beziehen durch die Zentralfeste für Bildungs- und Erziehungswesen, Prag XII., Sileska 13, und durch die Kreisvertriebsstellen.

Gegen den übermäßigen Einfluß der Agrarier

Das „Právo Lidu“ setzt am Sonntag die Kampagne gegen die Agrarpartei, bzw. gegen deren rechten Flügel fort. Es schreibt:

Die Agrarpartei vermochte sich in den Jahren der europäischen politischen Krise nach dem Stiller-Umsturz in allen Ländern, in denen über die innere Administrative entschieden wird, festzusetzen und hat in ihr weit mehr Macht, als den 14,3 Prozent Stimmen entspricht, welche sie in den Wahlen bekam. Das ist ein unerträglicher Zustand, der allmählich geändert werden muß. Alle Parteien in der Regierung müssen mitregieren, es kann nicht eine die regierende und die anderen in der Regierung sein. Wir werden uns bestreben, diese Veränderungen in der staatlichen Administrative, sei sie politischer oder wirtschaftlicher Natur, in den staatlichen Propagandainstituten, wie es der Mundfunk, das Tschechoslowakische Pressbüro, die Presseabteilung des Ministerratspräsidiums ist, durchzuführen. Wir haben nicht die Absicht, es weiter zu ertragen, daß diese Einrichtungen sich freiwillig oder gezwungen den Wünschen der kleinen Rechtsgruppe unterwerfen. Das muß man praktisch allmählich tun und in dieser Hinsicht kann kein Kompromiß sein, weil es sich nicht um das Interesse unserer Partei, sondern um das höhere Interesse unseres Staates handelt. Von der Führung der Agrarpartei müssen wir verlangen, daß einige Männer ihres rechten Flügels aufhören, mit den oppositionellen Parteien, vor allem mit der sogenannten „Nationalen Vereinigung“, mit den Faschisten und Henlein-Deuten zu intrigieren.

Šramek: Die Koalition bleibt

Auf dem Kreiskongreß der tschechoslowakischen Volkspartei in Brünn erstattete Minister Doktor Šramek ein ausführliches politisches Referat, in dem er zur Innenpolitik u. a. erklärte, während einer solchen internationalen Spannung müsse Ruhe in erster Reihe zwischen den Regierungsparteien bestehen. Nach der Koalitionspresse zu schließen, könnte man glauben, daß sie bereits verloren ist. Dieser Presseunfug muß aber ehestens beseitigt werden. Die Koalition wird so bestehen bleiben, wie sie ist, und auch die Regierung wird derzeit wahrscheinlich ohne Neudruck bleiben. Das bedeutet nicht, daß man hinsichtlich nicht um die Forderung nach einem Wechsel der Ressorts stehen würde; die konstruktiven Kräfte der Regierung und der Koalition müssen jetzt alles vorbereiten, was heute und in der Zukunft notwendig ist. Die Koalition bleibt. Vorzeitige Wahlen in die Nationalversammlung werden nicht stattfinden. Wohl aber werde man eine Menge sehr dringender, aber auch ziemlich heftiger Angelegenheiten lösen müssen, und dabei könne man allerdings eine uneinige Koalitionspresse nicht brauchen.

Schlechtes Wetter an den spanischen Fronten

Madrid. Die schlechte Witterung verhinderte militärische Operationen an allen Fronten. Die Ruhe der letzten Tage wird als Vorzeichen zu großen entscheidenden Operationen sowohl an der Malaga- wie an der Madrider Front angesehen. Flugzeuge der Aufständischen verfeindeten am Samstag mehrmals die Hauptstadt zu bombardieren, wurden jedoch von den Jagdflugzeugen der Regierung vertrieben. Hierauf bombardierte die Artillerie der Aufständischen das Stadtzentrum. Mehrere Zivilpersonen wurden getötet. Von den Granaten wurden einige Gebäude getroffen, darunter auch die Telefonzentrale. Der Materialschaden ist jedoch nicht groß und die Telefonverbindung Madrids mit den übrigen Teilen Spaniens und dem Ausland blieb intakt.

In Po'len hunderttausende Kinder ohne Unterricht

Warschau. Der polnische Unterrichtsminister Swietochowski schilderte im Budgetausschuß des Sejm die überaus schwierige Lage des Schulwesens in Polen, die er als eine Folge der langjährigen Wirtschaftskrisis und Finanzkrise des Landes bezeichnete. Der Minister stellte u. a. fest, daß im vergangenen Jahr die Zahl der Lehrkräfte an den Volksschulen um fast 70.000 erreichte, während für den normalen Unterricht eine Anzahl von über 100.000 Lehrern notwendig wäre. Infolge des Mangels an Volksschulgebäuden seien Hunderttausende von schulpflichtigen Kindern in den Wintermonaten ohne Unterricht geblieben. Zur Aufnahme aller schulpflichtigen Kinder wären etwa 45.000 neue Schulklassen erforderlich, was einen Kostenaufwand von 223 Millionen Zloty erfordern würde.

Wasser und Feuer verbündet

Amerikanische Großstädte in Nöten — Revolten drohen

Cincinnati. Eine durch die Ueberschwemmung verursachte Explosion mehrerer Tanks der Standard Oil Comp. setzte in Cincinnati ein ganzes Häuserviertel in Brand. Die Stichflamme schoß mehr als hundert Meter hoch empor. Das brennende Öl floß auf die überfluteten Straßen und machte aus ihnen brennende Flüsse. Mindestens 82 Häuser brannten nieder, darunter zwei Fabriken. Die Feuerwehr mußte ihre Löscharbeiten von Motorbooten aus vornehmen. Der Gouverneur des Staates Ohio hat 1000 Mann Nationalgarde nach Cincinnati abkommandiert, um Unruhen zu verhindern. Neben die Stadt wurde der Belagerungszustand verkündet. Die Verluste der Standard Oil Comp. werden bereits auf drei Millionen Dollar geschätzt. Auch die Ueberschwemmungslatastrophe nimmt noch zu. Der Bürgermeister von Louisville (Kentucky) befahl den 300.000 Einwohnern dieser Stadt die sofortige Räumung. Besonders ernst ist auch die Lage im Staat Tennessee. In der Nähe von Memphis bewachen bewaffnete Farmer den dort neuerrichteten Damm, da die Heeresverwaltung den Befehl

gegeben hatte, den Damm zu durchstechen, um die weiter am Oberlauf des Mississippi liegende Stadt Cairo (Illinois) vor den Fluten zu retten. Die über diesen Befehl empörten Farmer drohen, auf die dorthin entsandte Nationalgarde zu schießen. Der Eisenbahnverkehr im Ohio-Tale ist unterbrochen. Die Gesamtzahl der Todesopfer im Katastrophengebiet ist auf 48 gestiegen. Die immer noch anhaltenden Regenfälle haben den Ohio-Fluß auf den höchsten jemals gemessenen Stand von 22,8 Meter gebracht. Die Bundesregierung entsandte 70.000 Arbeiter zu Rettungsarbeiten in die betroffenen Gebiete. Der bisher angerichtete Schaden geht wahrscheinlich in den 13 Ueberschwemmten Staaten des Mittelwestens in hunderte von Millionen Dollars. In Francfort (Kentucky) versuchten 2000 Insassen des dortigen Zuchthaus auszubringen, nachdem das Hochwasser eingebrochen war. Sie wurden jedoch durch Maschinengewehrfire zurückgetrieben. Der Gouverneur ordnete schließlich die Räumung des Zuchthaus an.

Tagesneuigkeiten

Deutsche Kartographie „zeitgemäß“

Der Deutsche Geographentag, der dieser Tage erst in der schönen Ruhestadt Zena zusammen war, hat sicherlich nicht ohne Grund und Not folgende Resolution seines „Zentralvorstandes“, dem Deutschlands beste Geographen angehören, angenommen:

„Der 26. Deutsche Geographentag sieht mit wachsender Begeisterung, wie auf dem Gebiete der Kartenherstellung die alte gute deutsche Kartenkunst verdrängt wird durch Bildarrangierungen indischer oder obergermanischer Art. Das Verständnis für zuverlässige und künstlerische Kartographie ist jedoch unerlässlich für unser Volk, z. B. zur Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Außerdem ist die deutsche Kartentkunst führend in der Welt und hat aus diesem Grunde ihre durch Fleiß und Sorgfalt gewonnene Stellung zu halten. Der Deutsche Geographentag bittet daher Presse, Lehrvereine, Reichsbahn u. a. statt derartigen Verwirrungen auf kartographischem Gebiet sich von anerkannten deutschen Kartographen beraten zu lassen und die fachliche Erfahrung sich zunutze zu machen.“

Das ist ja nun sicherlich bedeutend weniger an die Reichsbahn oder an irgendwelche Verkehrsvereine, die auch gar nicht dafür können, als an Herrn Goebbels und sein Reichs-Propagandaministerium gerichtet! Nur freilich — im Dritten Reich darf man es bei KZ-Gefahr nur durchblicken lassen und nicht expressis verbis sagen...

Auf jeden Fall scheint jetzt auch der Fall ein wenig besser geklärt, wie die reichsdeutschen Karten mit eingekreisten angeblichen russischen Flugplätzen in der Tschechoslowakei zustande gekommen sind!

Aber damit man nun in der Welt nur gar nicht etwa glaubt, jetzt, nachdem die Männer vom Fach ihren guten Rat erteilt haben, höre der „kindliche“ Schwindel auf, bemerkt, aufs höchste gereizt durch den Professorenratsschlag, eine besonders bissige Wiper der Stillerei im geographischen Bezirk, die „Zeitschrift für Geopolitik“ zu der Angelegenheit:

„Gewiß werfen die politischen Kartenbildner der Kartographie der Vorkriegszeit vor, daß sie ohne den rechten politischen Instinkt Spracharten aufdruckte, die in Versailles mit augenfälligem Schein des Rechts gegen Deutschland zeugen mußten... Es kommt nicht so darauf an, daß jemand die ältere Kunst sein eigen nennt, als daß er heute den jüngsten, zeitgemähesten Beitrag zu liefern imstande ist.“

Setzt Euch also, liebe Professoren! Hier hat Goebbels selbst gesprochen. Womit es also auch — als „zeitgemäßester Beitrag“ — eben auch bei dem kartographischen Schwindel mit den Sowjetflugplätzen in der U. S. A. bleiben wird. F. E. Roth.

Griechischer Dampfer gescheitert. Auf dem Wege von Konstantinopel nach Hamburg ist gestern abends der griechische Dampfer „Spheros“, der 2100 Tonnen Weizen geladen hatte, bei Bau (Portugal) auf einen Felsen aufgelaufen. Ein Teil der Befahrung versuchte das Fesseland zu erreichen. Bei dem starken Sturm schlug jedoch das Boot um und sieben Mann ertranken.

Mord nach dem Ball. Als Sonntag nach Mitternacht in Civice bei Bardubitz der 30jährige Witwer und Arbeiter W. Jonas mit dem 34jährigen Arbeiter Josef Salk und dessen 28-jähriger Gattin Maria von einer Tanzunterhaltung nach Hause zurückkehrten, feuerte Jonas vier Revolvergeschüsse ab, von denen zwei das Ehepaar traf. Salk starb bei der Ueberschüttung ins Krankenhaus, seine schwerverletzte Frau

wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Jonas wurde verhaftet.

23 Autobus-Passagiere ertranken. Bei Miami in den Vereinigten Staaten überschlug sich infolge Bruchs eines Vorderrades ein großer Ueberlandautobus mit 29 Fahrgästen und stürzte in einen Kanal. 23 Reisende ertranken.

Brausen gegen Iperit. Die Geräte-Arbeitsgemeinschaft in Lutein macht gerade Versuche mit einer Brauseeinrichtung, welche zur Affanation von Iperit, die mit Iperit oder einem anderen Kampfstoffe verlegt wurden, dienen soll. Die Lösung wird in drei Standardtypen für Hand-, Motor- oder kombinierten Antrieb vorbereitet. Die größte Type soll zum Duschen bis zu 200 Personen pro Stunde dienen. Die Geräte-Arbeitsgemeinschaft hat diese Einrichtung mit einer wichtigen Kombinationsvorrichtung zur Affanation ergänzt, so daß sie sich auch für Unterstände eignet. Die Konstruktion der Brausen mit den sachmännlich durchgeführten technischen Details ist zum Patent angemeldet. Am Frieden können diese Duschen als Brausebäder für Turnvereine, Schulen usw. verwendet werden.

Was man auf deutschen Anschlägen sieht: An den tausend Schussfabriken der Pfalz und der Saar hängen folgende Plakate aus: „Wer sich die Hände wäscht... Außer der Notwendigkeit des Händewaschens zur Sauberhaltung der in der Verarbeitung befindlichen Schuhe, dürfen die Hände nur nach Schluß der Arbeitszeit gewaschen werden. Außerhalb der Arbeitszeit werden mit sofortiger Entlassung bestraft.“ — Wer unerlaubt austritt, wird fristlos entlassen. Jeder Betriebsangehörige, ob Arbeiter oder Angestellter der während der Arbeitszeit unerlaubt seinen Arbeitsplatz verläßt, wird sofort entlassen.“ — (Entnommen aus dem „Antritt“, dem Organ der Deutschen Arbeitsfront, Nr. 292 von 12. Dezember 1936.)

Das Befinden des operierten rumänischen Kronprinzen Mihai wird von den behandelnden Ärzten als befriedigend bezeichnet und auch die katastrophale Grippe, die hinzugekommen ist, erweist keinerlei Befürchtungen.

Englands Sorgen. Die Abhaltung der prunkvollen Krönungsfeierlichkeiten ist in den letzten Tagen durch die Erkrankung eines Großsohns des jetzigen Königs, des Herzogs von Connaught, ernstlich in Frage gestellt worden. Der Herzog ist 87 Jahre alt. Im Falle seines Todes müßte eine sechsmonatige Leihtrauer angeordnet werden, so daß zahlreiche Festlichkeiten des Krönungsprogramms ausfallen würden.

Hamburg ohne Licht. Durch den ungewöhnlichen Tiefstand des Elbwassers haben die Hamburger Elektrizitätsmaschinen kein Wasser zum Kühlen mehr. Daher ist Hamburg seit Sonntag Mitternacht ohne Licht. Bislang vermochte das Werk noch einen Dieselmotor in Tätigkeit zu halten, der den Strom zu den Verkehrsmitteln lieferte. Der Verkehr ist erheblich eingeschränkt worden.

Das Fox-Filmstudio „Das 20. Jahrhundert“ (Hollywood) wurde durch einen Brand beinahe vernichtet. Der Schaden wird mit 200.000 Dollar beaufschlagt, da auch Filmstreifen und die ganze Einrichtung vernichtet wurden.

Mäßfälliger Raubmörder. Dieser Tage wurden in einer Sofioter Vorstadt der Veteran aus den Befreiungskriegen Dravotow und dessen Ehefrau in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als Täter wurde ein gewisser Kirschweng verhaftet, der erst vor zehn Monaten eine 13jährige Sterkerhaff wegen Ermordung seiner ersten und zweiten Gattin verurteilt hatte. Kirschweng hatte den Mord mit mehreren Mitläufern bereits im Kerker verabredet, da man in der Wohnung Dravotows eine Million Letwa zu finden hoffte. Es wurde vereinbart, daß jeder Häftling die Tat zu vollbringen habe, der als erster das Gefängnis verlassen würde. Es war dies Kirschweng, der jedoch in der Wohnung der Ermordeten nur einen Betrag von 1800 Letwa fand.

Verlängerung der Sonntag-Rückfahrkarten zu den Semesterferien. Aus Anlaß der Semesterferien hat das Eisenbahnministerium die Gültigkeit der ermäßigten Sonntag-Rückfahrkarten verlängert. Für die Einfahrt gelten die Karten wie sonst nur am Samstag und Sonntag (30. und 31. Jänner), für die Rückfahrt dagegen von Sonntag, den 31. Jänner, bis einschließlich Montag, den 8. Februar. Am letzten Tage muß die Rückfahrt spätestens um 12 Uhr mittags angetreten werden.

Neue Schneefälle. Aus Rußland, wo auch am Nachmittag rund minus 20 Grad Celsius verzeichnet wurden, strömt die Kaltluft weiterhin gegen unsere Gebiete. Dagegen ist über dem westlichen Mittelmeer eine weitere Erwärmung eingetreten und stellenweise überschritt dort die Temperatur plus 20 Grad Celsius. In der Nähe der Wärmegrenze bilden sich Druckstörungen aus, die gegen das Binnenland vorrücken. Im Zusammenhang damit hat sich der Himmel am Südrand der Republik bereits umgelenkt und stellenweise hat es ein wenig geschneit; im übrigen Staatsgebiet war es gleichzeitig noch heiter. — Wahrscheinliches Wetter Dienstag: Vom Süden her weitere Wolkengunahme, leichte Frostniederschläge und gelegentlich Schneefall wahrscheinlich. Im Nordostteil der Republik nachts noch sehr strenger Frost. — Wetterausblick für Mittwoch: Andauern der winterlichen Witterung, streichweise Schneefall.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Mittwoch

Prag, Sender I: 7.00 Salonorchestersonzert. 10.05 Deutsche Presse. 10.15 Rundfunk für deutsche Schulen. 12.17 Schallplattenkonzert. 15.00 Eigenquartier. 18.10 Deutsches Sendung: Dr. Moucha; Neue Bücher. 18.20 Arbeitererhebung: Franz Seibel, Zeplich-Schönan; Ofset. 18.40 Sozialinformationen. 18.45 Deutsche Presse. 19.20 Militärkonzert. 21.20 Befehlskonzert der Prager Lehrer. 22.30 Klavierkonzert. — Prag, Sender II: 7.30 Salonorchestersonzert. 14.15 Deutsche Sendung: Kinderstunde: „Die Nachigall“. 18.15 Schumann-Lieder. — Brünn: 17.35 Rundfunkorchestersonzert. 17.40 Deutsche Sendung: Konzert. 19.30 Aus dem Landes-Theater: Die lustigen Weiber von Windsor. — Freiburg: 15.30 Mozart: Symphonie, c-moll. 22.30 Tanzmusik. — Raasdun: 12.05 Unterhaltungskonzert. — Mähr.-Odra: 18.00 Schallplattenkonzert.



Borgarholterstreik in Belgien

Die belgischen Bergarbeiter sind zur Erlangung höherer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit in den Streik getreten. — Unfer Bild zeigt stillliegende Bergwerke in Les Mons in der Borinage.

Wie H. G. Wells seine Zukunft sieht

Eine amerikanische literarische Zeitschrift veröffentlicht seit einiger Zeit in jeder Nummer die Meinungen berühmter Leute darüber, wie sich ihre Zukunft nach ihrer persönlichen Ansicht gestalten wird. In der letzten Nummer kommt H. G. Wells zu Wort und seine Antwort verdient es, zitiert zu werden.

H. G. Wells stellt ein Kalendarium darüber auf, was er in den nächsten Jahren zu erwarten hat. Die Daten lauten folgendermaßen:

„1938: schwer verwundet während einer faschistischen Demonstration, weil ich mich zufälliger Bemerkungen über die Diktatur nicht enthalten konnte.“

„1942: einige Monate Konzentrationislager, weil ich ein Feind des zur Zeit herrschenden kommunistischen Regimes war.“

„1955: ich erziele endlich für meine früheren Verdienste eine kleine Rente von der Regierung.“

„1968: ich verstarb, 97 Jahre alt, im Hospital von Paddington an Herzschwäche. Bis zum Schluß konnte sich die Welt darüber nicht einig werden, ob ich unter die Humoristen oder unter ernste Schriftsteller gerechnet werden müßte.“

Den Zauberer zu ernst genommen! Der Zauberer Georges Lalonde liegt zur Zeit mit einer schweren Stichererkrankung im Hospital von Chamblille in Quebec. Er hatte auf der Bühne, wie sein allabendliches Programm es vorsah, den berühmten Trick der „zerlegten Frau“ vorgeführt. Während der Vorstellung hörte man aus einer entfernten Ecke des Saales die „bestimmte Ausrufe“ des Entsetzens, als die Säge knirschend durch die Kiste fuhr. In diesem Augenblick sprang ein Mann auf die Bühne, griff zu einem auf dem Tisch liegenden Säbel und schlug mit diesem auf den Zauberer ein. Er schlug und stach so lange, bis Lalonde zusammenbrach. Man konnte den Aktentäter verschaffen. Er versicherte, er habe nur das Mädchen in der Kiste von den Grausamkeiten des Zauberers erretten wollen und die besten Absichten gehabt, als er den Zauberer niederstach. Es gibt also noch Menschen, die ganz fest an Zauber glauben.

Ein Ausstellungs-Franc? Das nationale Comité für Außenhandel hat der Leitung der Pariser Weltausstellung 1937 einen dringenden Plan zur Schaffung eines „Ausstellungs-Franc“ vorgelegt, der von dieser sehr beifällig aufgenommen worden ist und in nächster Zukunft dem Finanzministerium unterbreitet werden soll. Es handelt sich um die Schaffung einer neuen, zeitlich begrenzten Währungsform, nach dem Muster der Touristen-Mark und Touristen-Dira. Sie soll allen Besuchern der Ausstellung zu einem verminderten Kurs im Ausland zur Verfügung gestellt werden; die „Ausstellungs-Francs“ haben aber nur innerhalb von Frankreich Gültigkeit. Allerdings haben sich gegen diesen Plan bereits Bedenken geltend gemacht. Denn einerseits würde die Einführung einer solchen Währungsform die Einföhrung einer strengen Devisenkontrolle an der Grenze wie in den Ländern mit Devisenwirtschaft notwendig sein, eine Maßnahme, vor der man zurückzusehen. Andererseits befürchtet man, daß die Einföhrung solcher Ausstellungs-Francs zu Spekulationskäufen ausgenutzt werden könnte, indem die Ausländer hier nicht nur ihre Hotel- und Vergnügungsbuchungen bezahlen, sondern Wertgegenstände oder sogar Wertpapiere mit minderwertigem Geld erwerben. Die Realisierung des Vorschlages dürfte also nur möglich sein, wenn sehr genaue Ausführungsbedingungen erlassen würden, und es ist nicht wahrscheinlich, daß das Finanzministerium sich dieser sehr schwierigen Aufgabe unterzieht.

Nelson-Briefe unter dem Hammer. Am 15. Feber findet in London eine Autographenversteigerung statt, die bereits heute das lebhafteste Interesse der Sammler herbeizuführt. Denn unter anderem werden auch einige Briefe Nelsons veröffentlicht, die keine Liebesbriefe sind, sondern sich mit seinem großen Gegner Bonaparte beschäftigen. Das Glanzstück der Sammlung ist ein Brief vom 28. Juli 1799, den Nelson an Lord seines Blaupapiers „Fou-drogant“ in Neapel geschrieben hat. Der Brief lautet: „Bonaparte ist am 12. am Meer verwundet worden! Hier Generale, 85 Offiziere und 4000 Mann sind getötet worden. Die Belagerung (von Saint-Jean d'Acres) ist aufgehoben worden, die Franzosen sterben alle an Esorbut. Gott sei Dank! So geht die Kanaille endlich zugrunde!“ Diese Freude Nelsons war verfrüht, denn Bonaparte ist am 12. Juli keineswegs verwundet worden, sondern befand sich damals in Cairo, und am 25. war die Schlacht bei Abukir. Immerhin ist der Brief historisch schon darum interessant, weil er den ungeheuren Haß Nelsons gegenüber Napoleon verrät.

Die merkwürdigsten Gesetze der U. S. A. Vor kurzem ist eine vollständige Sammlung aller in den verschiedenen Staaten der U. S. A. geltenden Gesetze erschienen. Es gibt davon mehr als eine Million, von denen die Mehrzahl jedoch nicht angewendet wird, obgleich sie niemals außer Kraft gesetzt worden sind. Man findet darin die seltsamsten Bestimmungen noch aus der Zeit der ersten Pioniere. So dürfen in San-Jose in Kalifornien Personen verschiedenen Geschlechts nicht gleichzeitig eine Bank in öffentlichen Parks benutzen. In South Carolina müssen die Bettler auch bei Ehegatten 60 Zentimeter Abstand voneinander haben und in Pennsylvania darf nicht mehr als eine Person gleichzeitig in die Wanne steigen. In Mittelwest ist vorgeschrieben, daß die Hunde am Schwanz rote Schlüsselriemen tragen müssen, um die nächsten Passanten nicht zu erschrecken. In Nevada darf man nicht auf Kamelen reiten, während es in Virginia verboten ist, Löwen frei herumlaufen zu lassen. In Redblinton ist es verboten, aus Motorfahrzeugen Wild zu schießen, mit Ausnahme von Wälen...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Das Doppelspiel der agrarischen Margarinehändler

Wer hat die Not der Kleinbauern verschuldet?

Der Kampf der Agrarier gegen die Margarineversorgung ist nicht neu, er wird aber in letzter Zeit besonders weitgehend zu demagogischer Skatation im Dorf verwendet. Die Argumente der Agrarier sind bekannt. Sie lassen sich dabei auch dadurch nicht stören, daß sie selbst die größten Nutznießer der Kunstfetterzeugung sind und den Verkauf der Margarine auf dem Dorf weitgehend monopolisiert haben, ihn mit großer Propaganda betreiben und nicht wenig an ihm verdient haben. Margarine ist ja eine der wichtigsten Waren der „Drußky“, der agrarischen Verkaufsgesellschaften. Man hat nichts davon gehört, daß die Agrarier ihre Margarinefabriken stillgelegt und den Verkauf in den „Drußky“ verboten hätten. Dies schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil der verarmte Kleinbauer und Häusler sich heute ohne Margarine auch nicht ernähren kann. Produziert er Butter, ist er gezwungen, sie sofort zu verkaufen, weil dieser Verkauf oft seine einzige Einnahme ist. Er selbst muß sich an das Kunstfett halten.

Wer ist aber schuld an diesen Verhältnissen? Die Agrarier waren es, welche die Preise der Futtermittel so weit hinaufgetrieben haben, daß die Butterpreise für den weitaus größten Teil der Konsumenten unerschwinglich wurden und an der Butter nur die Molkereien — die unter dem agrarischen Patronat stehen — verdienen. Zur selben Zeit wurden Unsummen für den Export wertvoller Futtermittel geopfert, mit deren Hilfe

man die Futtermittel, die der hiesige Kleinbauer braucht, verbilligen konnte. Die verbilligte Butter hätte sich gegen die Margarine behauptet. Statt die Preise im Inland zu senken, ziehen die Agrarier es vor, die Butter zu einem Preis von 11 bis 12 Ké ins Ausland zu verkaufen.

Die Futtermittelversorgung, in deren Folge der Schweinebestand im Jahre 1935 um 800.000 Stück zurückging, ist ausschließlich ein Werk der Agrarier in der Monopolsellschaft. In Ungarn, wo damals die Futtermittelverhältnisse genau so schlecht war, wurde den Bauern durch zollfreie Einföhr und Festsetzung von Maximalpreisen geholfen. Woher hat Ungarn die Futtermittel beschafft? Der Bericht der ungarischen Landwirtschaftskammer führt an, daß von der Tschechoslowakei 12 Millionen Ké bewilligt wurden, für welche aus Rumänien Mais eingeföhrt wurde. Die damit geschafften Schweine wurden dann in die Tschechoslowakei ausgeführt. Hätte man unseren Kleinbauern Mais für 40 und nicht für 130 Ké für einen Meterzentner gegeben, wäre die Fleisch-, Fett- und Butterverföhrung zu billigen Preisen möglich gewesen. Den Kleinbauern wäre der Gewinn für die Föhr- und Mastarbeit nicht entgangen und die Konsumenten hätten ebenfalls Vorteil davon gehabt. Auch die größte Demagogie wird die Tatsache nicht verschleiern können, daß von der agrarischen Politik dabei nur die Großgrundbesitzer, welche Futtermittel produzieren, profitiert haben.

Verminderung der Weizenanbaufläche um 100.000 ha

In Kreisen der Getreidegesellschaft ist man mit den Ergebnissen der Anbauflächenerschätzung vollzufrieden. Wenn auch die Einschränkung der Weizenanbaufläche auf nur 750.000 Hektar nicht voll erreicht wurde, so bedeutet doch die Einschränkung um 100.000 Hektar die Rückkehr zu den Verhältnissen im Jahre 1931. Die Verminderung um 100.000 Hektar entspricht einer voraussichtlichen Ernteverminderung um 15.000 bis 20.000 Waggons Weizen, womit der erste Schritt zur Lösung des Weizenproblems, das auch das schwerste finanzielle Problem der Getreidebewirtschaftung darstellt, getan ist. Ein Großteil der durch die Einschränkung der Weizenanbaufläche betroffenen Landwirtschaft wird durch die voraussichtliche Erweiterung des Rübenanbaues um etwa 30.000 Hektar entschädigt, außerdem erträgt auch der Anbau von Futtermitteln und Grundfrüchten beträchtliche Erweiterungen. Verhältnismäßig am stärksten war die Einschränkung der Weizenanbaufläche in Karpatenrumänien und zwar um 27,8 Prozent des Ausmaßes vom Vorjahre auf insgesamt 25.698 Hektar. In Böhmen beträgt die Einschränkung bei einer nur festgestellten Weizenanbaufläche von 288.377 Hektar 10,8 Prozent, in Mähren-Schlesien bei insgesamt 150.813 Hektar 10,5 Prozent und in der Slowakei bei einer Gesamtanbaufläche von 332.800 Hektar 9,2 Prozent. (DND)

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Porzellanindustrie geschlossen zur Prager Frühjahrsmesse. Die Porzellanindustrie, welche mit den Grundhöfen der Prager Messe bildet, wird sich auch an der nächsten Frühjahrsmesse (5. bis 14. März) wieder vollständig beteiligen. Die Zahl der ausstellenden Firmen ist bereits jetzt auf der Höhe der Messe 1936. Zur Vorföhrung kommen wieder alle Porzellanarten wie Geschirr- und Hotelporzellan, Bier- und Luxusporzellan sowie Elektro- und sanitäres Porzellan. Auch die angeschlossene Gruppe Feinkeramik, in der Steinputz, Fayencen, Terra-cotta etc. ausgestellt werden, ist voll besetzt.

Schätzung der Anbauflächen von Wintergetreide. Die erste Anbauflächenerschätzung ergab (in Hektar): Winterweizen 799.720 (im Vorjahre 802.602, minus 10,7 Prozent), Winterroggen 990.294 (997.807, minus 0,8 Prozent), Wintergerste 7351 (7308, plus 0,6 Prozent) im ganzen Staat. In Böhmen Winterweizen 288.377 (323.254, minus 10,8 Prozent), Winterroggen 515.664 (511.172, plus 0,9 Prozent). In Mähren-Schlesien Winterweizen 150.813 (167.681, minus 10,4 Prozent), Winterroggen 245.540 (244.751, plus 0,3 Prozent).

Ende des Handelskrieges zwischen Australien und Japan

Der Handelskrieg zwischen Australien und Japan ist durch ein Abkommen beendet worden. Es handelt sich um eine starke Erhöhung der australischen Abwehrmaßnahmen gegen die billigen japanischen Textilzeugnisse, worauf Japan mit dem Versuch geantwortet hatte, seinen Wollbedarf in anderen Ländern zu decken. Beide Staaten waren von diesem Konflikt empfindlich betroffen, der eine als Produzent, der andere infolge der Schwierigkeit, sich auf andere Rohstofforten

umzustellen. Das neue Abkommen gilt vom 1. Jänner 1937 bis 30. Juni 1938 und enthält die Verringerung aller besonderen Beschränkungen seitens Australiens, das überdies jährlich 102,5 Millionen Quadratyard japanischer Baumwollwaren, eine gleiche Menge von Kunstseidenstoffen und 17,5 Millionen Quadratyard Kalifwaren kaufen wird. Andererseits hat sich Japan verpflichtet, 800.000 Ballen australischer Wolle zu kaufen. Gegenüber den Ziffern von 1935 bedeuten die gegenwärtigen eine Verminderung.

Die rumänischen Gewerkschaften im Jahre 1936

Behinderung in der gewerkschaftlichen Tätigkeit

Die Tätigkeit der rumänischen Gewerkschaften hat unter der Wirtschaftskrise und dann unter den behördlichen Behinderungen der Gewerkschaftstätigkeit zu leiden. Das Jahr 1934 hatte wirtschaftlich eine Besserung gebracht, was die Rekrutierung von Arbeitern und eine Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften zur Folge hatte. Aber schon im Jahre 1935 ließ die wirtschaftliche Besserung infolge der äußerst niedrigen Kaufkraft der rumänischen Bevölkerung nach. Logisch die Kaufkraft um 44 Prozent unter der des Jahres 1929, dem Jahre der besten Konjunktur. Im Jahre 1936 trat dann wieder eine fühlbare Besserung der Wirtschaft ein.

Nach Berichten der rumänischen Gesellschaft für Konjunkturforschung war eine Besserung der industriellen Tätigkeit ausschließlich in der Produktionsgüter-Industrie zu verzeichnen, die Konsumgüterindustrie stagnierte weiterhin, nachdem sie im Jahre 1935 gegenüber dem Jahre 1934 um etwa zehn Prozent weniger erzeugt hatte.

Infolge der ansteigenden Teuerung fiel das Realinkommen der Arbeiterschaft. Stiegen die Preise der Bedarfsartikel vom Jänner 1935 bis zum November 1936 um 80 Prozent, so stiegen die Löhne in derselben Zeit nur um zwölf Prozent und dies auch nur für die durch Tarifverträge erfahrenen Arbeiter. So fiel der Lebensstandard der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Um vieles mehr aber ist der Lebensstandard der Unorganisierten und der ärmeren Bauern gefallen.

Aber es waren nicht nur die wirtschaftlichen, es waren vor allem die politischen Verhältnisse, die der Entwicklung der Gewerkschaften entgegenwirkten. Erfreuten sich die Unternehmer wie die faschistischen Kreise von seiten der Regierung eines Wohlwollens, so wurde der verhängte Verlagerungsstandpunkt ausschließlich gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die auf demokratischer Grundlage organisierten Organisationen angeordnet. Sowohl in der Hauptstadt wie in der Provinz wurden die Gewerkschaften von faschistischen Banden terrorisiert, was die Entwicklung der Gewerkschaften aufhalten hat.

Trotz der wirtschaftlich schlechten Lage, der behördlichen Verfolgungen und der Behinderung der propagandistischen Tätigkeit konnten die rumänischen Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren ihren Mitgliederbestand erhöhen. Besonders die Verbände der Privatangestellten, Bau- und Holzarbeiter, die jahrelang gegen fast unüberwindliche Schwierigkeiten, gegen die Krisenereignisse sowie gegen die hinterlistige kommunistische Propaganda, zu kämpfen hatten, hatten in den letzten zwei Jahren beachtliche Erfolge zu verzeichnen.



Marie Gebotari in dem Film „Das Pensionat der Jarin“

Am 4. Juli 1935 wurde mit Unterstützung des rumänischen Gewerkschaftsbundes auf gewerkschaftlicher Grundlage der Verband der Landwirte ins Leben gerufen. Infolge der politischen Verhältnisse und der behördlichen Verfolgungen wurde die Entwicklung dieses Verbandes für die ärmeren Bauernschichten notwendigen Verbandes behindert. In den Provinzen Siebenbürgen und Banat wurden die Gewerkschaften von den zivilen wie Militärbehörden besonders scharf verfolgt. Im ganzen Lande wurden die Gewerkschaften durch Nichtgenehmigung von Versammlungen oder Einmischung in die inneren Tätigkeiten sowohl von den zivilen wie den militärischen Behörden in der Entfaltung behindert. Obwohl einzelne Behörden mit der den Gewerkschaften gegenüber geübten Geföhrverletzungen etwas nachlassen haben, so ist die Gewerkschaftsbewegung doch noch immer behördlichen Verfolgungen ausgesetzt.

Ausland

Ein Prozeß gegen die Nationalisten von Wales. In London fand ein Prozeß gegen die sogenannten Nationalisten von Wales statt, eine Gruppe, die es grundsätzlich ablehnt, sich der englischen Sprache zu bedienen und der englischen Regierung Steuern zu leisten. Als Gründer dieser separatistischen Organisation in Wales war der Rektor der weltlichen Sprache an der Universität in Swansea, Saunders Lewis, angeklagt. Der Prozeß endete mit der Verurteilung Lewis zu schwerem Kerker in der Dauer von acht Monaten; weiters wurden der Rev. Edward Valentin, Farrer in Landudno, und David Williams aus Rhifflidau verurteilt. Die Angeklagten wählten sich auch, vor dem Gerichtshof in englischer Sprache anzusprechen. Bei der Verurteilung des Urteils sangen sie die Hymne von Wales „Land meiner Väter“. Vor dem Gerichtspalais in Carnarvon hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, der Mehrzahl nach Anhänger der nationalistischen Partei von Wales, so daß die Polizei einschreiten mußte, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Parteitag in Bolen. (F. J.) Die polnische sozialistische Partei (PPS) hat ihren Parteitag für den 31. Jänner bis 2. Feber nach Radom einberufen.

Aus der ungarischen Sozialdemokratie. (F. J.) Die Parteileitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei hat an Stelle des verstorbenen Genossen Jakob Beliner den bisherigen Parteisekretär János Mönös zum Chefredakteur des Zentralorgans „Nepjána“ gewählt, zum leitenden Parteisekretär den Genossen Josef Bücker.

Rebellion der Mütter auch in Darmstadt. Darmstadt ist in den letzten Wochen mit besonders vielen Todesnachrichten aus Spanien bedacht worden. Das heißt, die Verwandten und Eltern wurden in Kenntnis gesetzt, daß der Angehörige tödlich verunglückt sei. Weil keine nähere Angabe dabei war, haben sich viele Frauen an den Gauleiter Sprenger gewendet und ihm die peinliche Frage nach dem Verbleib des Toten gestellt. Auch bei der Gauleitung sagte man ihnen, das Unglück sei in Deutschland geschehen. Daraufhin wollten die Frauen unter allen Umständen wissen, wo der Tote zu finden sei. Darüber wurde die Auskunft vertweigert. Die Frauen ergingen sich in den schmerzlichen Vorwürfen gegen die Funktionäre der Gauleitung. Sie sagten ihnen: Ihr Befehl uns! Unser Junge ist gar nicht in Deutschland verunglückt, sondern Ihr habt ihn nach Spanien verschleppt und dort ist er schrecklich ums Leben gekommen. Sie verlangten den Gauleiter Sprenger zu sprechen. Er empfing aber nur ganz wenige Frauen und als er gesehen hatte, wie die Stimmung immer gefährlicher wurde und sich gegen ihn tendierte, ergriff er rechtzeitig die Flucht und verschwand nach Frankfurt a. M., um dort zu bleiben, trotzdem ihm Frankfurt wegen der für ihn sehr ungünstigen Atmosphäre schon seit langem verleidet ist. — Die Bevölkerung steht in ihrer Masse zu den unglücklichen Familien, die dem Kriege in Spanien ein Opfer bringen mußten. Und da noch viele andere in böhriger Unklarheit über das Schicksal der eigenen Familienangehörigen „ab, hört das Gespräch über Spanien und die Kritik an der Regierung nicht auf.“ (F. J.)

